



Gen-ethischer Informationsdienst

Neue gv-Pflanze vor EU-Zulassung

Kann die Zulassung des Mais „1507“ noch verhindert werden?

AutorIn

[Christof Pothof](#)

Nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshof drängt die EU-Kommission auf Zulassung des gentechnisch veränderten Mais 1507 der Agrarkonzerne Pioneer und DowAgro. Doch auch der Widerstand hat keine schlechten Chancen.

Nichtregierungsorganisationen und Gentech-KritikerInnen in der Europäischen Union sind alarmiert. Schon bald könnte eine dritte gentechnisch veränderte (gv) Pflanze für den Anbau in der Gemeinschaft zugelassen werden. Die EU-Kommission hat empfohlen, den gv-Mais 1507 für den Anbau zuzulassen, nachdem der Europäische Gerichtshof entschieden hatte, dass das Verfahren unzulässigerweise verschleppt worden sei.¹ Als nächstes wird nun aller Voraussicht nach bei einem Treffen der EU-AgrarministerInnen am 27. Januar über die Zulassung abgestimmt - im Falle einer qualifizierten Mehrheit für den Kommissionsvorschlag wäre sie dann eine beschlossene Sache.² VertreterInnen der Gentech-kritischen Nichtregierungsorganisationen sehen jedoch gute Chancen, eine qualifizierte Mehrheit gegen den Vorschlag der Kommission zu mobilisieren. Zwar wäre das ein geschichtliches Novum - aber die Bedingungen dafür waren auch noch nie so günstig. Denn der gv-Mais 1507 ist sehr umstritten - sogar die notorisch Gentechnik-freundliche EFSA (Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit) hat Vorbehalte geäußert. Es gäbe keine ausreichenden Untersuchungen, um die Ungefährlichkeit des in dem gv-Mais produzierten Insektengifts für so genannte Nichtzielorganismen zu bestätigen, so die Behörde.³

Auslaufmodell Glufosinat

1507 produziert nicht nur das Insektengift Cry1F. Der Mais wurde außerdem so verändert, dass er tolerant gegen Unkrautvernichtungsmittel mit dem Wirkstoff *Glufosinat* sein soll. Das Besondere daran ist, dass Unkrautvernichtungsmittel mit diesem Wirkstoff nahezu sicher ab 2017 in der EU verboten sein werden. Die zuständigen Stellen der EU haben bei *Bayer CropScience* - der Konzern hat diesen Wirkstoff entwickelt - weitere Untersuchungen angefordert, die der Konzern bisher nicht beigebracht hat. Derweil sind die letzten erlaubten Anwendungen von Glufosinat-haltigen Unkrautvernichtungsmitteln in den letzten Jahren immer weiter reduziert worden. *Pioneer* und *DowAgro* wollen den Mais in Europa gemeinsam auf den Markt bringen. Sie beteuern, dass die Toleranz gegen die Glufosinat-haltigen Unkrautvernichtungsmittel in der landwirtschaftlichen Praxis gar nicht genutzt werden solle. Diese Eigenschaft sei nur im Labor als Markergen von Relevanz gewesen.⁴ Demgegenüber schreibt Pioneer aber in den Antragsunterlagen, die Glufosinat-Intoleranz solle Teil des Unkraut-Managements auf dem Acker sein. Darauf weisen auch dutzende

Nichtregierungsorganisationen hin, die sich Anfang November in einem gemeinsamen Brief an die EU-Kommission gewandt haben. Sie kritisieren außerdem, dass der 1507-Mais bezüglich seiner Herbizid-Toleranz gegen Glufosinat nicht (ausreichend) geprüft worden sei.⁵ Das Szenario, das sich zeigt, ist letztendlich dasselbe, wie bei der Zulassung der BASF-Stärkekartoffel Amflora: Kommt bei einer Abstimmung im Ministerrat weder eine Mehrheit für noch gegen den Mais zustande, fällt die Kompetenz für die Entscheidung zurück an die EU-Kommission. Diese wird den Mais dann vermutlich zulassen. Doch davor kann es der Zivilgesellschaft gelingen, eine breite Koalition gegen die Zulassung zu mobilisieren.

- ¹Siehe dazu auch GID 220 vom Oktober 2013 unter Kurz notiert, S.36: „EuGH gibt Pioneer recht: Verfahren zu langsam“ (Seite 36).
- ²Im Ministerrat findet das System der sogenannten „qualifizierten Mehrheit“ Anwendung, bei dem die bevölkerungsreichen Staaten mehr Stimmen haben als diejenigen mit weniger großer Bevölkerung.
- ³Der Mais 1507 produziert ein so genanntes Bt-Toxin, das Cry1F. Nach geltendem Recht dürfen Erfahrungen und Ergebnisse, die bei der Untersuchung anderer Bt-Toxine beziehungsweise anderer gv-Pflanzen gemacht wurden, nicht einfach auf diesen Mais übertragen werden.
- ⁴Ein Markergen wird zusammen mit einem neuen Gen in das Erbgut eingebracht und ermöglicht anschließend die Identifizierung von Zellen, die das neu eingefügte Gen tatsächlich aufgenommen haben.
- ⁵Der Brief der Nichtregierungsorganisationen an die EU-Kommission findet sich zum Beispiel auf den Internetseiten der Umweltorganisation Friends of the Earth Europe unter: www.kurzlink.de/gid221_w.

Informationen zur Veröffentlichung

Erschienen in:

GID Ausgabe 221 vom Januar 2014

Seite 27